

Das Parlament will einen zweiwöchigen, bezahlten Vaterschaftsurlaub.
Die neun wichtigsten Fragen und Antworten
zur Abstimmungsvorlage vom 27. September.

Darum geht es beim Vaterschaftsurlaub

Christoph Bernet

Am 27. September kommt eine Änderung des Erwerbsersatzgesetzes an die Urne, mit der ein zweiwöchiger bezahlter Vaterschaftsurlaub eingeführt werden soll. Das müssen Sie wissen:

1 Weshalb stimmen wir darüber ab?

2017 wurde die Volksinitiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie» eingereicht. Sie forderte vier Wochen Vaterschaftsurlaub. Einer Mehrheit des Parlaments ging das zu weit. Im September 2019 beschloss es einen zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub als indirekten Gegenvorschlag. Die Initiative wurde zurückgezogen. Einem Komitee aus SVP- und Gewerkekreisen und einzelnen FDP- und CVP-Vertretern ging auch die zweiwöchige Lösung zu weit, weshalb es erfolgreich das Referendum ergriff. Deshalb stimmen wir am 27. September über den Vaterschaftsurlaub ab.

2 Wie sieht die heutige Regelung aus?

Aktuell gibt es auf Bundesebene keinen gesetzlichen Anspruch auf Vaterschaftsurlaub. Doch manche Arbeitgeber sowohl der Privatwirtschaft als auch der öffentlichen Hand gewähren ihren Angestellten einen längeren Vaterschaftsurlaub.

3 Wie kann der Vaterschaftsurlaub bezogen werden?

Der zweiwöchige Vaterschaftsurlaub kann innert sechs Monaten nach Geburt des Kindes bezogen werden. Die Väter können den Urlaub entweder am Stück, wochen- oder tageweise beziehen. Anspruch darauf haben alle Väter, die bei der Geburt ihres Kindes angestellt oder selbstständig erwerbend sind oder Tagelöhner der Arbeitslosen-, der Krankenpflege- oder Invalidenversicherung beziehen.

4 Wie wird das finanziert?

Analog zum Mutterschaftsurlaub soll auch der Vaterschaftsurlaub über die Erwerbsersatzordnung (EO) finanziert werden. Väter haben Anrecht auf eine Ent-



Am 27. September entscheiden die Stimmbürger, ob Väter einen zweiwöchigen, bezahlten Vaterschaftsurlaub erhalten sollen.

BILD KEY

schädigung in der Höhe von 80 Prozent ihres Bruttoeinkommens. Diese wird dem Arbeitgeber überwiesen, der sie mit dem Lohn an den Arbeitnehmer weitergibt. Die Maximalentschädigung beträgt 196 Franken pro Tag, was bei 14 Taggelder einen Höchstbeitrag von 2744 Franken ergibt.

5 Wie hoch sind die Gesamtkosten?

Das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) hat die Kosten auf 229 Millionen

Franken pro Jahr beziffert. Dafür soll der EO-Beitragssatz um 0,05 Prozent von 0,45 auf 0,5 Prozent erhöht werden, was einer Erhöhung von 50 Rappen pro 1000 Franken Lohn entspricht. Gemäss der «Sonntags-Zeitung» dürfte der Gesamtbetrag aber tiefer ausfallen. Bei der jährlichen Anzahl Geburten, der effektiv bezogenen Urlaubstage und der Höhe der ausbezahlten Taggelder fällt die Schätzung des BSV grosszügig aus, wie das Amt einräumt.

Väter haben Anrecht auf eine Entschädigung in der Höhe von 80 Prozent ihres Bruttoeinkommens.

6 Wer ist dafür, wer dagegen?

SP, Grüne, Grünliberale und CVP sind dafür. Die FDP hat noch keine Parole gefasst, im Parlament war sie mehrheitlich dafür. Die SVP lehnt die Vorlage ab, einzelne Sektionen in der Romandie haben jedoch die Ja-Parole beschlossen. Die Gewerkschaften unterstützen die Vorlage. Gewerbe- und Arbeitgeberverband sowie Branchenverbände wie Gastrosuisse lehnen sie ab, Economiesuisse verzichtet auf eine Parolenfassung.

7 Was sind die Argumente der Befürworter?

Für sie ist der Vaterschaftsurlaub ein überfälliger Schritt hin zu einer zeitgenössischen Familienpolitik. Er entspreche einem Bedürfnis der Familien, entlaste die Mütter und ermögliche in einer prägenden Phase eine ausgeglichene Aufgabenteilung. Der gesetzliche Vaterschaftsurlaub solle für eine Gleichbehandlung aller Arbeitnehmenden und schaffe gleich lange Spiesse zwischen KMU und Grosskonzernen, die sich heute schon einen Vaterschaftsurlaub leisten können. Finanziell sei er verkraftbar.

8 Was sagen die Gegner?

Sie betonen die finanziellen Aspekte: Der Vaterschaftsurlaub belaste die Löhne mit zusätzlichen Abzügen und halse KMU und Gewerbe zusätzliche Kosten auf. Mit dem Vaterschaftsurlaub werde eine neue Sozialversicherung für eine kleine Gruppe geschaffen. Das sei angesichts der finanziellen Schieflage der anderen Sozialwerke verantwortungslos. Familien müssten selber bestimmen, wie sie ihre Kinder betreuen. Väter könnten bei der Geburt ihres Kindes Ferien oder unbezahlten Urlaub nehmen, es brauche keine staatliche Lösung.

9 Ist das Thema danach erledigt?

Nein. Im Parlament sind zwei Vorstösse zum Thema Elternzeit hängig. Die SP will eine Volksinitiative für eine 38-wöchige Elternzeit lancieren. Und der Campaigner Daniel Graf plant auf der Plattform «We-Collect» eine Initiative für eine Elternzeit von insgesamt 30 Wochen.

Moderne Familienpolitik oder Luxusproblem?

SP-Nationalrätin Yvonne Feri ist für den zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub, SVP-Nationalrätin Sandra Sollberger lehnt ihn ab.

«Vaterzeit für einen guten Start ins Familienleben»

Von Yvonne Feri

Veränderte Lebens- und Familienformen verlangen nach Anpassungen in der Ausgestaltung der Sozialsysteme in der Schweiz. Viele Paare teilen sich heute die Erwerbs- und Kinderbetreuungsarbeit. Das System der sozialen Sicherheit, dem das Modell des berufstätigen Mannes und der haushaltführenden Frau zugrunde liegt, muss diesen gesellschaftlichen Wandel nachvollziehen. Mit einem Ja zum Vaterschaftsurlaub können wir einen bedeutenden Schritt in der Weiterentwicklung unseres Sozialsystems machen.

Mit Umsetzung der Mutterschaftsentschädigung vor fünfzehn Jahren wurde endlich der Tatsache Rechnung getragen, dass immer mehr Frauen erwerbstätig sind. In diesem Herbst gilt es, das verstärkte Engagement von Vätern bei der Kinderbetreuung mit der Einführung eines Vaterschaftsurlaubs familienpolitisch anzuerkennen. Von der sehr bescheidenen zweiwöchigen Vaterzeit profitieren viele: die Kinder, die Familien, die Väter, die Mütter, die KMU.

Nach der Geburt eines Kindes organisieren sich Familien neu. Sind Väter in dieser wichtigen

Phase präsent, entwickeln sie eine intensivere Beziehung zu ihren Kindern und beteiligen sich auch längerfristig stärker an der Familienarbeit. Die Nähe und die Verfügbarkeit der Väter tun den Kindern gut. Neben einer engen Bindung sind positive Effekte u. a. auf die kognitive, soziale und emotionale Entwicklung der Kinder wissenschaftlich nachgewiesen. Und den Müttern vereinfachen es aktive Väter, weiterhin berufstätig zu sein.

Viele Arbeitgebende haben die Bedeutung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen erkannt. Während grössere Firmen bereits heute Vaterschaftsurlaube anbieten, müssen KMU auf eine staatliche Regelung hoffen, da ihnen die finanziellen Möglichkeiten für eigene Lösungen fehlen.

Indem wir am 27. September dem konservativ-bürgerlichen Referendum eine Abfuhr erteilen und den zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub annehmen, sagen wir Ja zu einer modernen und kindeswohlorientierten Familienpolitik, Ja zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Ja zur Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen.

«Keine zusätzliche Belastung durch teuren Vaterschaftsurlaub»

Von Sandra Sollberger

Der Papi-Urlaub schafft neue Ansprüche und hohe Kosten für die Allgemeinheit. Bezahlen müssen es dann alle: Jung und Alt, Grosseltern, Eltern und Kinderlose, Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Wir müssen uns bewusst sein, dass infolge der Corona-Krise bereits hohe, ungedeckte Mehrausgaben auf uns alle zukommen.

Alle unsere Sozialwerke sind finanziell am Anschlag. Die aktuelle Wirtschaftskrise verschärft die Lage drastisch. Die Arbeitslosenversicherung und die Sozialhilfe werden in den nächsten Monaten noch stärker unter Druck kommen, als sie es ohnehin schon waren. Gleichzeitig sind auch die Invalidenversicherung und die Altersvorsorge immer noch sanierungsbedürftig. Es geht um Milliarden, die fehlen.

Als Finanzpolitikerin ist mir nicht mehr wohl dabei, wie die Sozialausgaben ins Unermessliche wachsen. Sie belaufen sich auf rund 200 Milliarden Franken jährlich und sind seit 2010 um 40 Milliarden Franken gewachsen. Und just in diesem Moment soll ein neues Sozialwerk,

der Vaterschaftsurlaub, eingeführt werden? Das geht für mich nicht auf.

Ich finde es verantwortungslos, wie hier mit partikularen Interessen und einem Luxusproblem die Allgemeinheit und kommende Generationen belastet werden sollen. Dieses Geld wird in Zukunft irgendwo fehlen – vielleicht in der Bildung oder bei jedem im Portemonnaie.

Solche Ansprüche sind nicht gratis. Am Schluss wird es den Mittelstand, unsere KMU, Bützer und Gewerbler am härtesten treffen, wenn die Sozialabgaben und Steuern weiter steigen wegen solcher Ferien-Ideen.

Ich appelliere an die Eigenverantwortung der Eltern. Ich verweise zudem auf die schon heute grosszügige und freiwillige Praxis der Schweizer Unternehmen, die teilweise ausgedehnte und grossmehrheitlich flexible Lösungen für junge Väter anbieten. Das gilt inzwischen sogar als Vorteil bei der Personalrekrutierung.

Es braucht dafür kein neues, teures Sozialwerk und keinen staatlichen Zwang für unsere KMU.